Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die Sächsische Schweiz

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt zu Bad Schandau und des Finanzamtes Sebnitz Gemeindeverbands-Girokonto: Bad Schandau 36 :: Bankkonto: Dresdner Bank Zweigstelle Schandau :: Postscheckkonto: Dresden Nr. 333 27

Fernsprecher: Bad Schandau Nr. 22 Draht-Anschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Tageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingießhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mittelndorf, Ostrau, Porschdorf, Postelwitz, Prossen, Rathmannsdorf, Reinhardtsdorf, Schmilka, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsisch-Böhmischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hieke — Verantwortlich: K. Rohrlapper

Erscheint tägl. nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage. Bezugspreis für die Woche vom 7. bis 12. Jan ins Haus gebracht 55 Gold-Pfg. für Selbstabholer 50 Gold Pf. Einz. Nummer 20 Gold-Pf. Bei Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne u. Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor.

Anzeigenpreis (in Goldmark): Die 6gespaltene 42 mm breite Petitzeile 15 Pfennig, für auswärtige Auftraggeber 20 Pfennig 85 mm breite Reklamezeile 50 Pfennig. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. — Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen.

Nichterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung berechtigt den Bezieher nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung.

Nr. 6 Bad Schandau, Dienstag, den 8. Januar 1924 **68. Jahrg.**

Für eilige Leser.

* Die Botschafterkonferenz in Paris hat entgegen den Erwartungen noch nicht über die Militärkontrolle in Deutschland verhandelt.

* Der deutsche Geschäftsträger in Paris, Herr von Hoesch, wird in einigen Tagen in Berlin erwartet.

* Die Arbeit in der Berliner Metallindustrie ist wieder aufgenommen worden.

* Venizelos ist zum Präsidenten der griechischen Nationalversammlung gewählt worden.

Frankreichs kranke Währung.

Die Wirtschaftspolitik Frankreichs mit ihrer anti-englischen Tendenz, die Pläne eines Kontinentalblockes nicht bloß politischer, sondern auch produktions- und verteilungspolitischer Art gegenüber dem anglo-amerikanischen Wettbewerb haben nun zum offenen Kampfe geführt, der ein langsames aber stetiges Absinken des Franken mit sich bringt. Denn — und das muß gegenüber allen französischen Tendenzmeldungen scharf unterstrichen werden — der Kampf gegen den Franken geht von London aus, und wenn die andern Börsenplätze dieser Bewegung nachgeben, so erfüllt sich wieder einmal die nun so oft schon erlebte Erscheinung, daß eine Währung, die einmal ins Rutschen gekommen ist, nur sehr schwer stabilisiert, noch schwerer aber wieder in die Höhe gebracht werden kann. Höchstens nur durch Maßnahmen so tief einschneidender Natur, wie sie in Deutschland, in Österreich und in Rußland getroffen wurden.

Sicherlich aber nicht durch die rein äußerlichen Maßregeln, die man jetzt in Paris ankündigt. „Le Boche payera tout, der Boche wird alles bezahlen", das war ja das Schlagwort gewesen, mit der man jedes schärfere Anziehen der Steuerschraube für unnötig erklärte. Ganz anders wie das doch auch „siegreiche" England, das längst nicht so gewaltige Verluste an seinem Volksvermögen erlitten hatte wie seine Kampfgenossen, aber eine ganz gewaltige Steuerlast auf sich nahm, mit Amerika einen Schuldentilgungsplan vereinbarte und sich so „wieder ehrlich machte". Frankreich hingegen hat für den Wiederaufbau seines zerstörten Ost- und Norddepartements ganz gewaltige Summen — wobei durch Betrügereien die Forderungen noch emporgeschraubt wurden — verbraucht, die nun durch die deutschen Reparationszahlungen hereingebracht werden sollten. Darum war das Schicksal der deutschen finanziellen Kräfte aufs engste verknüpft mit der französischen Währung, und es ist neulich in der französischen Deputiertenkammer mit Recht darauf hingewiesen worden, daß bei der Aufgabe des deutschen Widerstandes am Rhein und Ruhr der Frank stieg, weil man an ein künftiges Zusammenarbeiten Deutschlands und Frankreichs auf wirtschaftlichem Gebiete glaubte. Dieser Glaube hat aber getrogen; denn an die Stelle eines solchen Zusammenarbeitens trat eine systematische wirtschaftliche Knebelung und Blutabzapfung der deutschen Wirtschaftskräfte. Das kann denn höchstens zu einer augenblicklichen, aber nicht zu einer wirklich fortlaufenden Stärkung der Wirtschaftskraft Frankreichs führen, muß vielmehr die Aussichten auf eine demnächstige oder spätere Balanzierung des Defizitbudgets für die Reparationszahlungen immer illusorischer machen. Und erleichtert dadurch den wirtschaftlichen Kampf namentlich der englischen Industrie gegen den französischen Konkurrenten.

Vor diesem Angriff verschließt man in Paris nicht mehr die Augen; wir brauchen die französischen Beschuldigungen, als seien wir die Schuldigen am Frankensturz, nicht übermäßig tragisch, kaum als ernsthaft zu nehmen. Für uns ist es aber von gewissem Interesse, daß man nun in Frankreich — genau wie seit Jahren bei uns — lediglich an den Symptomen herumdoktert, den „Kampf gegen die Spekulation" eröffnet. Schon klagt der Vizepräsident der Finanzkommission über das „unpolitische" Verhalten seiner Landsleute, die in Dollars und Pfunden „spekulieren". Viel richtiger weist die sozialistische „Humanité" darauf hin, daß das Sinken des Franken gerade vor einem Jahr begonnen habe, nämlich bei Beginn des Ruhreinbruches. Weil dieser den Beginn der Differenzen mit England bedeutete. Frankreich habe — das mag hier eingeschaltet werden — bisher noch nicht einen Centime seiner Schulden an England und Amerika bezahlt. Der Frank ist jetzt gerade halb so viel wert wie vor einem Jahre!

Und gegen diese naturgemäße Entwicklung werden all die schönen, von uns bereits ausprobierten und mit größtem Mißerfolg begleiteten rein finanziellen Maßnahmen der französischen Regierung nur für den Tag helfen, diese Entwicklung aber nicht hemmen. Der französische Rentner sieht seine Rente schwinden, — aber ob eine Regierung, die in ein paar Monaten mit Neuwahlen zu rechnen hat, sich jetzt zu dem sehr unpopulären Mittel scharfer Steuererhöhungen wird entschließen können — und nur die Balanzierung des Etats ist eine wirkliche „Nutzungsaktion" der Währung — muß sehr zweifelhaft erscheinen.

Eines aber müssen wir uns vor Augen halten: die Leidtragenden sind wir. Denn Frankreich wird versuchen, aus uns herauszupressen, was ihm über die Verlegenheiten hinweghelfen zu können scheint. Also ist es für uns wirklich kein Trost, „im Unglück einen Genossen zu haben". Denn gerade jetzt vor den Wahlen wird man alles daran setzen, das „le Boche payera tout" wenigstens teilweise zur Wahrheit zu machen.

*

Keinerlei deutsche Einwirkung.

Zu einer Meldung des Berliner Vertreters des „Petit Parisien", nach der in Frankfurt a. M. auf einer Konferenz deutscher Bankiers die Generalofensive gegen die französische Währung beschlossen und vorbereitet worden sei, wird von zuständiger Stelle erklärt, daß in Frankfurt keinerlei derartige Konferenz von Bankiers stattgefunden hat. Die ganze Meldung muß in das Reich der Fabel verwiesen werden.

*

Zur Ueberreichung der französischen Antwort.

Paris, 8. Jan. Poincaré, der Montag abend gegen 10 Uhr nach Paris zurückkehrte, wird den belgischen Antwortentwurf hier vorfinden. Wie aus Brüssel mitgeteilt wird, haben ihn die belgischen Minister in der gestern nachmittag stattgefundenen Beratung gutgeheißen. Es verlautet, daß dieser Entwurf sich von dem französischen nur in der Form unterscheidet und dem Inhalt nach mit ihm übereinstimmt. Die französisch-belgische Aussprache dürfte im großen und ganzen nunmehr beendet sein. Man rechnet damit, daß die französische Antwort eventuell schon heute dem deutschen Geschäftsträger von Hösch ausgehändigt werden wird, spätestens aber Mittwoch, wenn ihre Ueberreichung gleichzeitig mit derjenigen der belgischen Antwort erfolgen soll.

*

Hösch kommt am Mittwoch nach Berlin.

Berlin, 8. Jan. Der deutsche Geschäftsträger in Paris von Hösch wird am Mittwoch zur Berichterstattung in Berlin eintreffen, um über die Verhandlungen mit dem französischen Ministerpräsidenten zu sprechen.

Kabinettssitzung.

Berlin, 7. Jan. Das Reichskabinett befaßte sich in seiner heutigen Sitzung mit dem Antrag des Vereins Deutscher Zeitungsverleger nach weiteren Vorschüssen auf die Waldabgabe. Der Antrag mußte abgelehnt werden. Der Entwurf eines Reichsberufsschulgesetzes und eines Lehrerbildungsgesetzes wurde vom Kabinett vorläufig zurückgestellt bis zur endgültigen Regelung der Finanzverhältnisse zwischen dem Reiche und den Ländern. Das Kabinett befaßte sich dann weiter mit Maßnahmen gegen die maßlose Vergnügungssucht, wie sie sich besonders in vielen Kurorten breit macht. Es wurde rücksichtslose Bekämpfung beschlossen.

Der Ausnahmezustand in Bayern bleibt bestehen.

München, 7. Jan. Im Verfassungsausschuß des Landtages wurde heute der sozialdemokratische Antrag auf sofortige Aufhebung des Ausnahmezustandes, desgleichen die Anträge der Demokraten und des Bauernbundes, den Ausnahmezustand vorübergehend während der Wahlzeit aufzuheben, abgelehnt.

Vor einer Rede Macdonalds.

Aus der voraussichtlichen Kabinettsliste.

London, 7. Januar. Ramsey Macdonald wird seine erste öffentliche Rede nach den Wahlen morgen abend in Alberthall in London halten, wo der Sieg der Arbeiterpartei gefeiert werden soll. Ueber die voraussichtliche Zusammensetzung des Arbeiterkabinetts kursieren hier neue Versionen. Danach wird u. a. dem Lord Parmoor, einem der bekanntesten Linksliberalen, der Posten des Lordkanzlers angeboten werden, wofür Macdonald dem ursprünglich hierfür ausersehenen Lord Haldane den Posten des Kriegs- und Erziehungsministers anbieten wird. Lord Mestons soll das Staatssekretariat für Indien angeboten werden. Es steht weiterhin ziemlich fest, daß verschiedene Mitglieder der Arbeiterpartei zu Peers ernannt und somit Mitglieder des Oberhauses werden, zum Beispiel der alte Bewermann, der frühere Generalsekretär des Schriftsetzerverbandes, weiter einige Intellektuelle wie Sydney Webb, Tonsenby und Wednewod.

Ein Bombenattentat auf Kemal Pascha.

Athen, 7. Jan. Nach einem Privattelegramm aus Mytheleme ist bei einem Empfang von Gästen Mustafa Kemal Paschas in Angora eine Bombe geworfen worden, durch die die Gattin Kemal Paschas verwundet wurde. Nach derselben Quelle ist Mustafa Kemal Pascha mit unbekannter Bestimmung aus Angora abgereist.

Großfeuer auf den Londoner Docks.

London, 7. Januar. Auf den Londoner Docks ist heute ein Riesenschadenfeuer entstanden. 200 Feuerwehrleute mit einer Unzahl von Löschapparaten sind bemüht, des entfesselten Elements Herr zu werden. Im Augenblick erstreckt sich das Flammenmeer über eine Fläche von über 500 Yards. Eine große Anzahl von Wohnhäusern in der Umgebung mußte geräumt werden.

Um die Aufwertung der Hypotheken.

Berlin, 7. Januar. Der Reichsratsausschuß, der sich heute mit der Frage einer eventuellen Aufwretung der Hypotheken beschäftigen sollte, ist nicht zusammengetreten. Die Sitzung ist auf Montag, den 14. Januar, vretagt worden.

Die Industrieverträge im Westen.

Berlin, 7. Januar. Das zuständige Ressort im Reichsministerium für Wiederaufbau ist zurzeit damit beschäftigt, das gesamte Material über die bisher abgeschlossenen Verträge zu sammeln. Den Anstoß hierzu haben die Nachrichten aus dem besetzten Gebiet gegeben, wonach beabsichtigt ist, in der nächsten Zeit mit anderen Industriezweigen, mit denen noch keine Verträge abgeschlossen sind, Verhandlungen über den Abschluß besonderer Abkommen zu eröffnen.

Die Beisetzung Dr. Diestels.

Hamburg, 7. Januar. In der großen St. Michaelskirche fand heute die Trauerfeier für den verstorbenen Bürgermeister Dr. Diestel statt. Als Vertreter der Reichsregierung nahm Vizekanzler Reichsminister Dr. Jarres, als Vertreter des Reichswehrministers Generalleutnant von Tschischwitz und für den Chef der Marineleitung Fregattenkapitän Gayer an der Feier teil. Die Beisetzung erfolgte heute nachmittag auf dem Ohlsdorfer Friedhofe.

Jubiläumsausstellung der Stadt Königsberg.

Königsberg, 7. Januar. Zur Feier der am 13. Juni 1724 durch König Friedrich Wilhelm I. erfolgten Vereinigung der drei Städte Königsberg-Altstadt, Löbenicht und Kneiphof wird von seiten der Stadt eine Erinnerungsausstellung veranstaltet werden. Es soll ein umfassender, möglichst vollständiger Überblick über das geschichtliche Werden der Stadt im ganzen und in ihren einzelnen Teilen gegeben werden.

Kältewelle in Oberschlesien.

Beuthen, 7. Januar. Auf die starken Schneefälle in der vergangenen Woche, die den Verkehr in Oberschlesien nahezu lähmten, ist jetzt eine ungewöhnliche Kältewelle gefolgt. Das Thermometer zeigte in der vergangenen Nacht 23 Grad Celsius unter Null, die Temperatur stieg bis Mittag um 8 Grad. Durch diesen heftigen Frost und die dadurch eingetretene Vereisung der Schneemassen ist der Verkehr sowohl im deutschen wie im polnischen Industriegebiet erneut sehr gehemmt worden.

Die deutsche Frage in Österreich.

Wien, 7. Januar. In der Sitzung des Wiener christlich-sozialen Parteirates sprach der Bundeskanzler Seipel nach einem Hinweis auf die bisher durchgeführten und noch durchzuführenden innerpolitischen Maßnahmen die Überzeugung aus, daß Regierung und Parlament sich im neuen Jahre wieder stärker mit außenpolitischen Fragen beschäftigen würden. Es werde allem Anschein nach die deutsche Frage gelöst oder wenigstens deren Lösung eingeleitet werden.

Verstärkung der italienischen Luftflotte.

Rom, 7. Januar. Die italienische Luftflotte, die neben der Armee und der Marine organisatorisch eine eigene Waffe ist, wird in der nächsten Zeit eine beträchtliche Verstärkung erhalten. Die Zahl der Maschinen, die augenblicklich 1000 beträgt, soll bis Ende des Frühjahres auf 4500 Flugmaschinen erhöht werden, eingeteilt in drei Staffeln zu je 1500. Entsprechend der geographischen Lage der italienischen Halbinsel, wird der Hauptteil der italienischen Luftflotte aus Seeflugzeugen bestehen.

Überschwemmung in Petersburg.

Petersburg, 7. Januar. Halb Petersburg ist überschwemmt. Es liegen Stadtteile unter Wasser, die früher nie überschwemmt waren. Die Ursache der Überschwemmung führt man zunächst auf den Druck der Eismassen auf dem Ladogasee zurück, zu einer Zeit, wo in Petersburg selbst Tauwetter herrscht.

Strenge Kälte in den Vereinigten Staaten.

Newyork, 7. Januar. In den Vereinigten Staaten herrscht eine Kälte, wie man sie seit dem Winter 1904 nicht mehr erlebt hat. Aus dem Staate Illinois werden 20 Todesfälle infolge Erfrierens gemeldet. In Minnesota herrscht eine Kälte von 66 Grad Fahrenheit.

Reval. Der deutsche Dampfer „Kant" ist nördlich von Runöe gestrandet. — Der russische Dampfer „Krassin" ist bei Hochland auf ein Riff gelaufen.

Allahabad. In einigen Bezirken Nordindiens nimmt die Pest epidemischen Charakter an. 50 Tote und täglich etwa 100 neue Fälle sind zu verzeichnen.

SLUB Wir führen Wissen.